

19.10.2012 - 22:00 Uhr

**Eine kluge Entscheidung / Leitartikel von Regina Köhler***Berlin (ots) -*

Die Kultusministerkonferenz hat in dieser Woche einheitliche Abitur-Standards für Deutschlands Schüler beschlossen. Das ist begrüßenswert, weil davon auszugehen ist, dass damit die Leistungen der deutschen Abiturienten endlich vergleichbar sein werden. Außerdem ist es folgerichtig. Für die Kernfächer in der vierten, neunten und zehnten Klasse gibt es bereits seit acht Jahren bundesweit einheitliche Standards.

Erreichen die Kultusminister ihr Ziel, dürfte künftig klar sein, über welche Kompetenzen Abiturienten verfügen. Und zwar unabhängig davon, in welchem Bundesland sie zur Schule gegangen sind. Einheitliche Abiturstandards dürften also dazu beitragen, das unterschiedliche Niveau der Anforderungen an die Schüler, das in den einzelnen Bundesländern noch immer besteht, zu beseitigen. Die Gerechtigkeit beim Abitur wird dadurch größer, das Nord-Süd-Gefälle, das Schulforscher seit Jahren anmahnen, könnte endlich abgeschafft oder zumindest reduziert werden. Das ist dringend geboten, nicht zuletzt um einen gerechteren Zugang zur Hochschule sicher zu stellen.

Gegenwärtig bekommen alle Schüler das gleiche Abschlusszeugnis und somit die Hochschulreife attestiert, egal, wie hart sie dafür arbeiten mussten. Was der KMK-Beschluss für die Berliner Gymnasiasten bedeutet, ist allerdings noch nicht klar. Das wird sich erst zeigen, wenn die Aufgaben vorliegen, die künftig in den Abiturprüfungen verwendet werden sollen. Das Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) muss diese Aufgaben jetzt erarbeiten. Orientieren sich die Forscher dabei an den hohen Standards, die in einigen Bundesländern wie Bayern bereits gelten, könnte es für die Berliner schwieriger werden. Zuletzt hat der bundesweite Grundschulvergleich, der Anfang Oktober veröffentlicht worden ist und ebenfalls auf einheitlichen Standards beruhte, gezeigt, dass die Berliner Schüler deutlich schlechter abgeschnitten haben als ihre Altersgenossen in den meisten anderen Bundesländern. Schulleiter forderten daraufhin mehr Zeit, mehr Pädagogen, mehr Unterstützung. In Berlin, sagen sie, gebe es deutlich mehr Schüler, die aus bildungsfernen Elternhäusern kämen und es schwerer hätten, den Standards zu entsprechen.

Diese Forderungen erheben die Grundschullehrer schon sehr lange. Seit Jahren ist die Rede davon, dass Berlin vor allem für Schulen in sogenannten Brennpunkten mehr tun muss. Sprachförderung fängt bereits in den Grundschulen an. Damit aber Förderstunden oder Unterricht in kleinen Gruppen nicht ausfallen, wenn Lehrer erkranken, ist eine deutlich bessere Personalausstattung der Schulen nötig. Die Schulleiter fordern zu Recht eine höhere Vertretungsreserve, dafür muss der Senat dringend mehr Geld bereitstellen. Darüber hinaus dürfen die Förderstunden nicht reduziert werden, wie das Anfang dieses Schuljahres der Fall war. Es sollte keine Rolle spielen, wie viele Schüler in einer Klasse sind. Wer Förderbedarf hat, der muss unterstützt werden. Denn nur so kann sicher gestellt werden, dass die Kinder die Standards im Oberschulbereich erreichen können.

Kontakt:

BERLINER MORGENPOST  
Chef vom Dienst  
Telefon: 030/2591-73650  
bmcvd@axelspringer.de

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100050382/100726790> abgerufen werden.